

DIE WELT, 28.10.2020, Nr. 252, S. 17 / Ressort: Immobilien

Rubrik: IMMOBILIEN

Heizen und trotzdem sparen

Die Preise für Gas und Öl ziehen kräftig an. Von 2021 an wird die CO2-Abgabe fossile <mark>Energieträger noch teurer machen. Was Verbraucher tun können</mark>

Michael Fabricius

Die durchschnittlichen Heizkosten sind im vergangenen Jahr in Deutschland leicht gestiegen. Nach vielen Jahren mit sinkenden Kosten vor allem für Fernwärme und Erdgas, mussten Verbraucher 2019 nun wieder für alle Energieträger mehr bezahlen als im Vorjahr.

Den allgemeinen Kostenanstieg dokumentiert der Heizspiegel für Deutschland, den die gemeinnützige Beratungsgesellschaft co2online am Dienstag veröffentlicht hat. Danach lagen die Kosten für eine erdgasbeheizte 70-Quadratmeter-Wohnung durchschnittlich bei 720 Euro - 20 Euro mehr als noch im Jahr 2018. Als Hauptgrund nennen die Experten von co2online kühleres Wetter und leicht gestiegene Erdgaspreise (plus 3,4 Prozent). Heizöl verteuerte sich dagegen nur leicht - hier zahlten Verbraucher 2019 im besagten Durchschnittshaushalt 855 Euro, im Jahr davor waren es 845 Euro. Fernwärme wurde ebenfalls etwas teurer, ebenso der Betrieb von Wärmepumpen.

Im Vergleich zu früheren Jahren sind die Heizkosten damit immer noch günstig. Zwischen 2008 und 2013 zahlten die Bürger für eine erdgasbeheizte Wohnung dieser Größe regelmäßig 900 Euro oder mehr. Doch mit dem jetzt von co2online gemessenen Durchschnittsanstieg könnte eine allgemeine Trendwende begonnen haben. Denn ab Januar 2021 zahlen die Bürger eine CO2-Abgabe für fossile Brennstoffe, die von Jahr zu Jahr steigt. Es spricht wenig dafür, dass die Energiepreise jemals wieder fallen.

Für dieses Jahr sind die Heizspiegel-Prognosen noch günstig. Co2online rechnet mit stabilen Kosten für Erdgas, bei Fernwärme und Heizöl sogar mit rückläufigen Preisen. Ärgern dürften sich dagegen die Betreiber von Wärmepumpen. Hier stieg der Preis bereits 2019 um 7,3 Prozent auf 735 Euro für die Durchschnittswohnung. In diesem Jahr könnten noch einmal 30 Euro obendrauf kommen - vor allem wegen der weiter steigenden Erneuerbare-Energie-Umlage, die den Strompreis in Deutschland seit Jahren treibt.

Ab dem Jahr 2021 beginnt jedoch eine neue Ära. Bund und Länder haben sich auf eine Abgabe von 25 Euro pro Tonne CO2 geeinigt. Schrittweise steigt dieser Preis bis 2025 auf 55 Euro. Ab 2025 gilt dann ein Preiskorridor von mindestens 55 und höchstens 65 Euro. Umgerechnet auf Erdgas sind das etwa 0,6 Cent pro Kilowattstunde mehr. Für eine Durchschnittsfamilie in einem Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden Erdgas steigen damit die Kosten zunächst um 120 Euro pro Jahr, später dann um 250 Euro oder mehr. Bei Heizöl beträgt der Kostenanstieg 7,9 Cent pro Kilowattstunde im ersten Schritt.

Dieser Zuschlag stellt die meisten Preisschwankungen bei fossilen Energieträgern in den vergangenen Jahren weit in den Schatten. Der Energieverbrauch beim Heizen, Duschen und Baden wird immer mehr zu einem Kostenfaktor. Und Verbraucher dürften zunehmend überlegen, wie sie die Kosten unter Kontrolle halten.

Mieter haben hier nicht viele Möglichkeiten, solange ihr Vermieter nicht saniert und keine neue Heizungsanlage einbaut. Und wenn er es doch tut, steigt meistens die Kaltmiete mindestens in der gleichen Größenordnung wie die Energiekosten sinken. Mieter können höchstens versuchen ihr alltägliches Verhalten zu ändern. Ein Sparduschkopf bringt laut co2online am meisten, denn der Warmwasserverbrauch gilt als größter Kostenhebel: Rund 255 Euro pro Jahr könnten demnach eingespart werden. Stoßlüften statt Fenster stundenlang "auf Klapp" bringt 85 Euro, da die Wohnung nicht auskühlt. Thermostate können weitere 65 Euro bringen, und einfach die Temperatur um ein Grad herunterdrehen noch einmal 40 Euro - alles immer bezogen auf zwei Bewohner in einer 70-Quadratmeter-Wohnung.

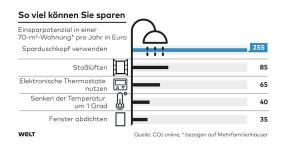
Eigentümer dagegen haben in ihrem Eigenheim wesentlich mehr Möglichkeiten. Sie können nicht nur ihr Alltagsverhalten ändern, sondern auch die Ursache angehen. Seit Anfang dieses Jahres gibt es hohe Fördersätze für den Austausch von Heizungen. Wer von einer alten Ölheizung zu einer modernen Anlage mit erneuerbaren Energien wechselt, kann vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bis zu 45 Prozent der förderfähigen Kosten als Zuschuss bekommen. Auch für den Wechsel von Gasheizungen zu hybriden Lösungen etwa mit Pufferspeicher und Solarthermie gibt es viel Geld vom Staat.

Wer zunächst nur eine Brennwerttherme einbaut und aus Kostengründen erst später einen erneuerbaren Anteil ergänzen möchte, macht seine Anlage durch kompatible Steuerung und Regelungstechnik schon "renewable ready" - also bereit für den

späteren Einbau von erneuerbarer Energieerzeugung und bekommt ebenfalls immerhin 20 Prozent für den ersten Schritt.

Eine Heizungssanierung lohnt sich erheblich: Bis zu 545 Euro pro Jahr könne eine Durchschnittsfamilie sparen. Nicht eingerechnet ist hier die kommende CO2-Abgabe. Die wird Jahr für Jahr einen Wechsel immer lukrativer aussehen lassen.

Michael Fabricius



So subventioniert der Staat den Heizungsumbau Höchstgrenze in Prozent der förderfähigen Kosten Art der Heizungsanlage im Bestand Fördersatz Bei Austausch Ölheizung 30 Solarthermie Biomasseanlage o. Wärmepumpe 35 45 Erneuerb. Energien Hybridheizung* 35 45 Nachrüstung eines Sekundärbauteils** 35 Gas-Hybridheizung mit erneuerb. Wärmeerzeugung 30 mit späterer Einbindung grüner Energie (Renewable Ready) **für die Biomasseanlage fur Partikel WELT *(EE-Hybride) abscheidung oder Brennwertnutzung 20

Quelle:	DIE WELT, 28.10.2020, Nr. 252, S. 17
Ressort:	Immobilien
Rubrik:	IMMOBILIEN
Dokumentnummer:	173714972

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT 6e0519ec8c65d378e0241343861f9ac468246240

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH